

Entlastungsstraße

**Trasse bald Ausschussthema**

Rietberg (ssn). Eine Umweltverträglichkeitsstudie hatte die Emsstadt schon einmal vor zehn Jahren in Auftrag gegeben, damals im Zuge der Linienbestimmung der künftigen Entlastungsstraße. Mittlerweile sei das Dokument allerdings veraltet, informiert Matthias Setter.

Die Trasse zwischen dem Knotenpunkt Wiedenbrücker Straße/Rottwiese und Konrad-Adenauer-Straße, von der sich die Kommune einen spürbaren Abfluss von Pkw und Co. für die Ortslage Rietberg erhofft, soll in Kürze einmal mehr den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschäftigen, sagt Ratshaussprecher Juergen Wohlgemuth. Das Thema soll demnach am Rande der Anpassung des Regionalplans behandelt werden, in den der Lückenschluss eingeplant werden soll.

Grundsätzlich gilt: Sofern vonseiten des Landes NRW einm Bau der Trasse als Landesstraße zugestimmt wird, will man in Rietberg darauf vorbereitet sein. „Was wir im Vorfeld klären können, klären wir“, sagt Setter.



An der Kreuzung Rottwiese/Wiedenbrücker Straße geht es aktuell nur nach rechts oder links. Eine Trasse soll künftig den Knotenpunkt mit der Konrad-Adenauer-Straße verbinden. Die Stadt wartet auf klare Signale seitens der NRW-Landesregierung. Bild: Schulte-Nölle

VHS

**Kinder gestalten Objekte aus Ton**

Rietberg (gl). In der Töpferwerkstatt der Volkshochschule (VHS) Reckenberg-Ems lernen Kinder ab fünf Jahren den Umgang mit Ton. Aus dem Material können nach Belieben Objekte geformt werden. Ein Arbeitskittel ist mitzubringen. Für das Material sowie das Brennen der Objekte werden 7,50 Euro berechnet. Der Kursus findet an den Freitagen 9. und 16. November jeweils von 16 bis 17.30 Uhr in der Kunstwerkstatt von Karin Wolf an der Rügenstraße in Rietberg statt. Auskunft und Anmeldungen im Bürgerbüro, ☎ 05244/986204, oder unter www.vhs-re.de.

**Landesregierung soll es richten**

Von unserem Redaktionsmitglied SUSANNE SCHULTE-NÖLLE

Rietberg (gl). Die Pläne reichen weit zurück bis in die 1970er-Jahre. Jetzt, knapp ein halbes Jahrhundert später, zeichnet sich ein Fortschritt in Sachen Entlastungsstraße für Rietberg ab. Bürgermeister Andreas Sunder hat die Verkehrsader, die eine Brücke schlagen soll zwischen dem Knotenpunkt Wiedenbrücker Straße/Rottwiese im Westen und der Konrad-Adenauer-Straße im Osten, wieder bei der Landesregierung ins Gespräch gebracht.

Denn die Kommune wünscht sich bekanntlich eine Umsetzung der Trasse als Landesstraße. Und

diese habe sogar schon einmal oberste Priorität im Rahmen der Landesbedarfsplanung genossen, teilt Matthias Setter, Fachbereichsleiter Bauen, auf Anfrage der „Glocke“ mit. Indessen: Das war 2010 unter der damals schwarz-gelben NRW-Führung. Die rot-grüne Nachfolgeregierung nahm die Top-Einstufung zurück und legte das Projekt damit vorerst auf Eis.

Zwischenzeitlich sind CDU und FDP erneut mehrheitlich an die Spitze gewählt worden. Und Andreas Sunder hat die Gunst der Stunde genutzt und seinen Hut einmal mehr in den Ring geworfen.

„Da ich mit NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst und dem Landtagspräsidenten André Kuper bereits Gespräche geführt habe, bin

ich guter Hoffnung, dass wir von dieser Seite Unterstützung für unser Straßenbauprojekt bekommen können“, gibt sich der Verwaltungschef optimistisch, das Langzeitprojekt in absehbarer Zeit doch noch in die Realität hinüberretten zu können.

Ob im Fall der Fälle die Kommune in den sauren Apfel beißen und die Trasse selbst bauen lassen würde? „Diese Option gibt es“, sagt Setter. Die Aussicht sei allerdings wenig reizvoll, denn dann müsste die Stadt nicht nur für die Kosten der Umsetzung aufkommen, sondern auch die Unterhaltung der Verkehrsader aus eigener Tasche zahlen. „Wird die Entlastungsstraße eine Landesstraße, übernimmt entsprechend das Land diese Posten.“

Auf einem guten Weg sieht sich die Stadtverwaltung auch beim notwendigen Flächenerwerb. Die Herausforderung: Längst nicht alle Grundstücke, über die der Lückenschluss gelingen soll, sind im Besitz der Kommune. Daher werden nach Angaben Setters aktuell „intensive Gespräche mit den Eigentümern“ geführt.

Bewegung vollzieht sich derweil nicht nur auf Planungsebene, sondern auch im städtischen Geldbeutel. 100 000 Euro sind demnach für das Vorhaben im Haushalt des laufenden Jahrs eingestellt. Mit 36 000 Euro ein gutes Drittel davon seien bereits abgerufen worden, heißt es aus dem Rathaus. Damit soll eine Umweltverträglichkeitsstudie finanziert werden.